

Haushaltsrede zur Einbringung des Verwaltungsentwurfes zum Doppelhaushalt 2013/2014

Bürgermeister Günter Beck

Stadtrat Mainz am Mittwoch, 5. September 2012

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Mittwoch, 5. September 2012, 15:00 Uhr

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
werte Kolleginnen und Kollegen des Stadtvorstandes,
sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Gäste, Besucherinnen und Besucher!

Wer kann sich noch erinnern, dass wie von der Gemeindeordnung gefordert,
ein Haushaltsentwurf so frühzeitig im Stadtrat eingebracht wurde, dass er
noch rechtzeitig vor Beginn der Haushaltsjahre verabschiedet werden kann.

Ansgar Helm-Becker (GRÜNE, seit 01.07.1984) seit insgesamt 22 Jahren mit
einer kleinen Unterbrechung im Stadtrat, kannst Du Dich daran erinnern?
Kurt Merkator oder Sie Herr Dr. Walter Konrad, Sie sind seit nunmehr 28
Jahren – bis auf eine kleine Unterbrechung – im Mainzer Stadtrat.

Ich jedenfalls kann mich nicht daran erinnern und ich kann auch schon auf
ein paar Jahrzehnte Haushaltsberatungen zurückblicken. Wenn wir gut
waren, haben wir die Haushaltseinbringung mal im Dezember geschafft. Der
Stadtvorstand hat sich für den Doppelhaushalt 2013/2014 einen sehr

ambitionierten Zeitplan gesetzt. Vielen Unkenrufen zum Trotz konnten wir ihn dank hoch motivierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einhalten und können Ihnen heute den neuen Doppelhaushalt druckfrisch präsentieren.

Dafür möchte ich mich bei allen Beteiligten bedanken. Den Kollegen und Kolleginnen aus dem Stadtvorstand, dem Amtsleiter für Finanzen, Beteiligungen und Sport, Herrn Stefan Garçon, seinem Stellvertreter Herrn Mossel, Herrn Abteilungsleiter Bablitschky und allen anderen Kolleginnen und Kollegen der Finanzverwaltung; aber auch Dank an die Beteiligten aus allen Fachämtern.

Sie alle haben ihre Hausaufgaben gemacht, jetzt liegt es an Ihnen, an der Politik, dass Sie zügig beraten und dann den Haushalt Ende Oktober verabschieden. Ich sage Ihnen schon jetzt dabei jede Unterstützung seitens der Finanzverwaltung für ihre Beratungen zu.

Zu den Zahlen des Haushaltes

Im Unterschied zum Planansatz aus dem Doppelhaushalt 2011/2012 schließt der Ihnen vorliegende Verwaltungsentwurf für die Jahre 2013 und 2014 im Ergebnishaushalt jeweils mit einem **Jahresfehlbetrag in Höhe von rund 62 Mio. Euro** ab!!!

Erst gestern haben wir im Stadtvorstand den Stellenplan verabschieden können. Daraus resultiert in 2013 eine Stellenmehrung von 140,5 Stellen, die das Ergebnis nochmals um 1,89 Mio. EUR im Saldo beeinflusst, so dass der Jahresfehlbetrag bei rund 64 Mio. EUR liegt.

Damit liegen wir rund ein Drittel (31%) unter dem Planansatz aus dem letzten Doppelhaushalt!!!

Mit diesem Ergebnis wird der Konsolidierungswille der Verwaltung deutlich unterstrichen. Die Verwaltung sieht zum Schuldenabbau und zur Zurückführung des Haushaltsdefizits keine Alternative.

Auch wenn eine Reduzierung des Defizits um ein Drittel eine wesentliche Verbesserung darstellt, heißt dies nicht, dass wir uns auf diesem Ergebnis ausruhen können. Ziel muss es weiterhin sein, den nach wie vor existierenden Fehlbetrag weiterhin zu senken.

Aber wie weit können wir das überhaupt noch selbst steuern? Und erreichen wir nicht langsam einen kritischen Punkt in unseren SpARBEMÜHUNGEN? Sowohl bei den Personalkosten, als auch bei den Sachkosten. Aber dazu an anderer Stelle mehr.

Die positive Entwicklung der Jahresfehlbeträge gegenüber dem 2. Nachtragshaushaltsplan 2012 (rd. 92 Mio. €) ist insbesondere auf die nachfolgenden Faktoren zurückzuführen:

- Zunächst einmal durch die konstruktiven und positiven Ergebnisse der Beratungen mit den Fachämtern und Dezernentinnen und Dezernenten, die vom Willen geprägt waren, weiter zur Entschuldung der Stadt beizutragen.

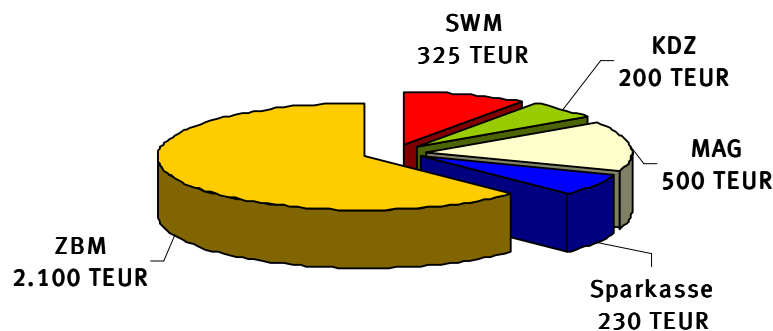
Weiterhin durch

- die Struktur der Haushaltsberatungen selbst. So wurden bei der Ermittlung der Budgetvorgabe für jedes Amt zum Doppelhaushalt 2013/2014 die Ansätze des Haushaltsjahres 2012 durch die Konsolidierungsvorhaben des Kommunalen Entschuldungsfonds und die aufsichtsbehördlich verfügte Haushaltssperre in Höhe von 8,5 Mio. EUR (durch Anerkennung der Grundsteuererhöhung effektiv 6 Mio. EUR) angepasst. Und nur wenn die Ämter den Nachweis und den Begründungszusammenhang für notwendige Erhöhungen, sei es durch gesetzliche Vorgaben oder Flächenmehrungen oder ähnliches geben konnten, wurden die Budgets erhöht. Indizierungen wie zum Beispiel erwartete Preissteigerungen, Mietentwicklungen oder ähnliches wurden nicht akzeptiert.
- Von dieser Vorgabe und den Auflagen der ADD wird niemand ausgenommen. Selbstverständlich auch nicht Eigenbetriebe wie die GWM, die für Gebäudedienstleistungen 51,9 Mio. EUR in 2013 bzw. 53,1 Mio. EUR in 2014 bei rund 225 Stellen erhält und die eingearbeitete Haushaltssperre genauso kompensieren muss, wie die Kernverwaltung.

- Einen maßgeblichen Beitrag zur Verbesserung des Gesamtergebnisses leisteten diesmal zum Teil unsere stadtnahen Gesellschaften. Die Wohnbaukrise wird uns noch lange verfolgen und belasten, aber in anderen Bereichen gibt es erwartungsvolle Lichtblicke.

Hier bin ich besonders stolz, weil erstmalig auch Ausschüttungen erfolgen, die bisher nicht zu Buche geschlagen haben. Wir werden diesen Weg, dass die Töchterunternehmen ihren Beitrag zur Konsolidierung leisten, konsequent fortsetzen.

Ausschüttungen Stadtnaher Gesellschaften



Neben den klassischen Ausschüttungen, wie die der Stadtwerke kamen weitere dazu:

- SWM 325 TEUR
- KDZ 200 TEUR
- MAG (Verzinsung Genussrecht) 500 TEUR
- Sparkasse 230 TEUR
- ZBM 2,1 Mio. EUR

Rolle der ZBM

Wesentlich zur Haushaltsentlastung trägt die ZBM neben der Ausschüttung, die direkt den Haushalt zu Gute kommt, durch ihre Verlustübernahmen bei.

Diese belaufen sich alleine bei der mainz**plus** CITYMARKETING und dem Frankfurter Hof auf 2,1 Mio. EUR. Die Anfangs oder auch heute noch von Teilen der Politik bekämpfte städtische Holding entwickelt sich darüber hinaus immer mehr zum Rettungsschirm defizitärer stadtnaher Gesellschaften und zum Problemlöser für gescheiterte Organisationen.

So bereitet die ZBM derzeit den Übergang der in die Schlagzeilen geratenen Touristik Centrale Mainz (TCM) zu Beginn der nächsten Jahres vor, als auch die Übernahme der SPAZ gGmbH. Dies geschieht nicht nur zur reinen Verlustabdeckung, sondern zielt auf eine Qualitätssteigerung in der Unternehmensführung ab. Ebenso auf eine zukunftsfähige Neuausrichtung am Markt der Beschäftigungsgesellschaften.

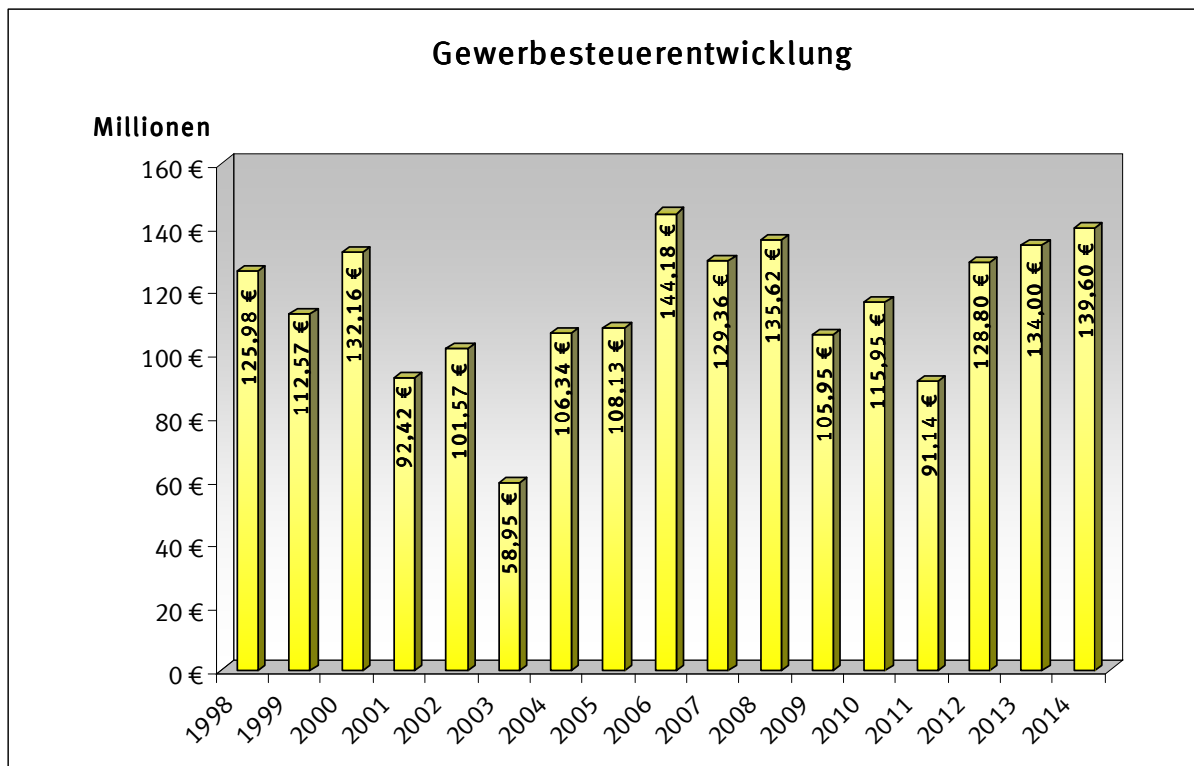
Als nächstes wird im Rahmen der beschlossenen Aufstellung eines Masterplanes die ZBM die Anteile der GVG innerhalb der MAG übernehmen.

Sie merken, die Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz nimmt immer mehr Fahrt auf.

Neben den internen Steuerungsmöglichkeiten trugen glücklicherweise auch externe Faktoren eine maßgebliche Rolle zur Verbesserung der Haushaltssituation bei. So zum Beispiel die längst überfällige Übernahme

der Kosten für die Grundsicherung im Alter durch den Bund (75% in 2013 [4,0 Mio. EUR] sowie 100% ab dem Jahr 2014 [7,5 Mio. EUR]) entsprechend Kabinettsbeschluss vom 01.08.2012.

Natürlich wurden auch die positiven Tendenzen aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung eingearbeitet diese schlagen sich in den Ansätzen der regionalisierten Steuerschätzung vom Mai 2012 für die Gewerbesteuer, Grundsteuer B, Gemeindeanteile an der Lohn- und Einkommensteuer, Umsatzsteuer sowie Ausgleichsleistung nach § 21 LFAG nieder.



Natürlich werden einige Neunmalkluger einwenden, die Einbringung des Doppelhaushaltes 2013/2014 zum jetzigen Zeitpunkt ist noch mit vielen möglichen Veränderungen verbunden. Aber erstens handelt es sich weitestgehend um Parameter, die nicht durch politische Entscheidungen des Mainzer Stadtrates während der Haushaltsberatungen beeinflusst werden können und zweitens sind es Veränderungen, die nur noch zu einer

Verbesserung, sprich Verringerung des Haushaltsdefizits führen können. Die Frage ist nur noch, wie hoch die Verbesserung sein könnte. Heißt, Sie können Ihre politischen Diskussionen führen und Entscheidungen treffen und wir können den Haushalt noch in diesem Jahre verabschieden, so dass die ADD im Frühjahr 2013 zu einer Genehmigung kommen kann, was bei einem Doppelhaushalt und der rechtzeitigen Genehmigung zu einer hohen Planungssicherheit für die Verwaltung führt – und im Übrigen, wie schon erwähnt auch den Vorgaben der Gemeindeordnung entspricht!

Welche Faktoren können Ergebnis noch beeinflussen?

Ungeachtet der inhaltlichen Änderungen durch Ihre politischen Entscheidungen im Rahmen der weiteren Planberatungen ist zu berücksichtigen, dass sich beispielsweise bei folgenden Positionen noch Veränderungen (positiv/negativ) ergeben können:

- Schlüsselzuweisungen, Finanzausgleichsumlage und dergleichen; sobald die Orientierungsdaten des Landes für 2013 vorliegen werden die Ansatzzahlen aktualisiert.
- Neuregelung des Landesfinanzausgleichs zum 01.01.2014 (Urteil des rheinland-pfälzischen Verfassungsgerichtshofs vom 14.02.2012); über die künftige Ausgestaltung des Finanzausgleichs und die finanziellen Auswirkungen liegen derzeit noch keine Informationen und Erkenntnisse vor. Aber auch hier könnte noch ein Sahnehäubchen das Haushaltsdefizit verbessern.

Kommunaler Entschuldungsfonds

Ebenfalls noch nicht berücksichtigt, aufgrund der noch mit der ADD abschließend zu führenden Vertragsverhandlungen zum Kommunalen Entschuldungsfonds, sind die daraus resultierenden Zuweisungen des Landes. Bei einer erfolgreichen Teilnahme am Entschuldungsfonds des Landes erreichen wir eine weitere spürbare und nachhaltige Entlastung des Haushalts. Der neuerlich errechnete Eigenanteil der Stadt Mainz liegt bei 10,65 Mio. EUR, sodass wir von Landesseite hier mit einem jährlichen Zuschuss von guten 21 Mio. EUR rechnen.

Die Verwaltung hat mit Unterstützung der Ampelmehrheit des Rates ein Konzept für den Entschuldungsfonds vorgelegt. Immerhin gibt es ein Konzept, auch wenn dann an der ein oder anderen Stelle nachgesteuert werden muss, so zum Beispiel, wenn durch eine richterliche Entscheidung die Einführung der Kulturabgabe in der vorgelegten Form eine Absage erteilt wird.

Kurz zur Kulturabgabe: Der Stadtrat hat die Satzung über die Erhebung einer Kulturabgabe für Übernachtungsgäste am 01.02.2012 beschlossen. Zu diesem Zeitpunkt war nicht absehbar, wann das Bundesverwaltungsgericht über die Satzungen der Städte Bingen und Trier entscheiden wird. Ebenso war überhaupt nicht einschätzbar, wie das Bundesverwaltungsgericht in der Frage der beruflich veranlassten Übernachtungen entscheiden wird. Bekannterweise wurden im Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht Koblenz bezüglich dieses Sachverhaltes keine Bedenken durch das Gericht geäußert. Insoweit bestanden auch keine Bedenken, die Abgabe in Mainz einzuführen.

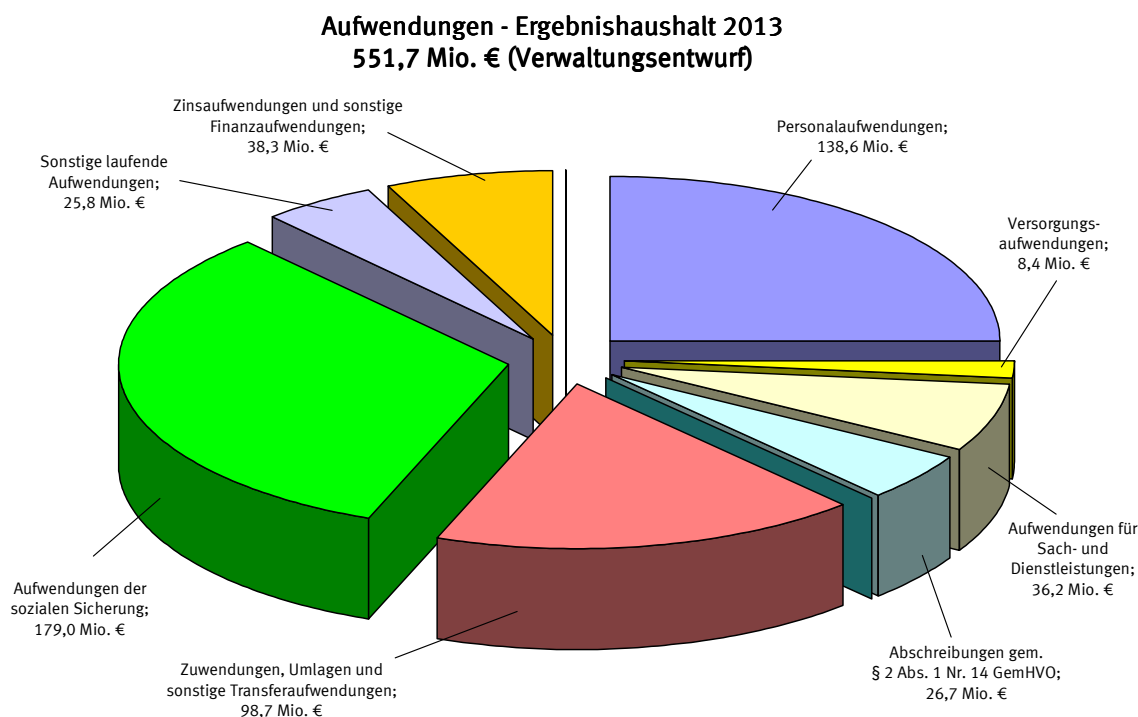
Zudem lag die Höhe der zu erwartenden Einnahmen aus der Kulturabgabe anhand der bis zum Urteil abgegebenen Erklärungen der Hotels für das erste Abrechnungsquartal bei über 250.000 EUR, sodass davon auszugehen ist, dass die prognostizierten Einnahmen in voller Höhe erreicht oder gar überschritten worden wären. Wäre das Gerichtsurteil also anders ausgefallen, hätten wir 250.000 EUR verschenkt.

Auch hier nützt dann kein lamentieren nach dem Motto, „sehn se ich hab’s ja gewusst“. Hier gilt es dann andere Lösungsansätze zu suchen. Dies habe ich in den vergangenen Wochen getan und mit den Hoteliers gesprochen, mittels einer freiwilligen Abgabe eine Entlastung des Haushaltes zu erreichen. Dies wird zwar die Million nicht kompensieren, aber es gibt weitere Überlegungen, wie z. B. die Einhängung der SPAZ gGmbH in die ZBM, die wir derzeit prüfen und hierbei durch die Verlustübernahme weitere positive Effekte für den Haushalt generieren können.

Die Stadt Mainz hat die Verhandlungen zum Beitritt in den Entschuldungsfonds so weit vorbereitet, dass es nun auf die ADD und das Innenministerium ankommt, wann der Entschuldungsfonds beschlossen werden kann. Und wenn er dann beschlossen wird, werden die bereits genannten 21 Mio. EUR das Ergebnis in jedem Haushaltsjahr verbessern. Wir sprechen somit von einem konservativ und vorsichtig geschätztem **Jahresfehlbetrag in Höhe von 45 bis 50 Mio EUR.**

Das haben dann Politik und Verwaltung in einem beispiellosen Kraftakt gemeinsam erreicht und da können alle Beteiligten stolz drauf sein.

Die HH-Plan umfasst Gesamtaufwendungen in Höhe von: **551,7 Mio.**
(Personalaufwendungen nach Beschluss des Stadtvorstandes vom 04.09. sind noch nicht berücksichtigt)

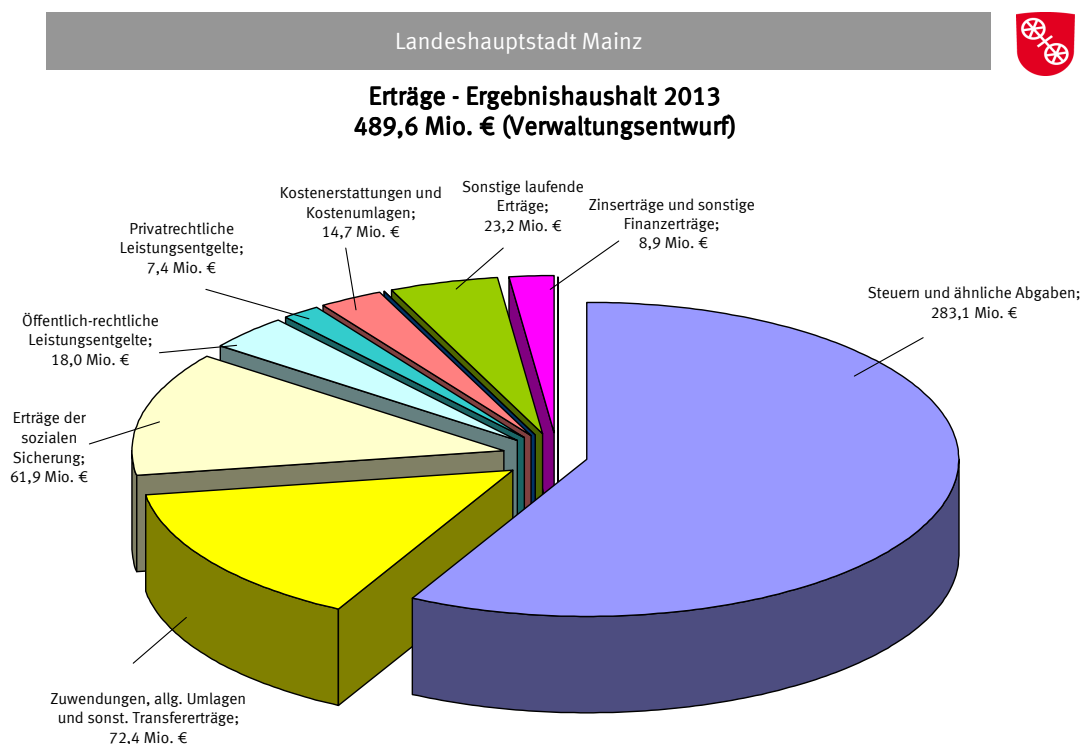


Diese setzen sich zusammen aus:

- Aufwand zur Sozialen Sicherung **179,0 Mio.**
- Personalaufwendungen **138,6 Mio.**
- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen **98,7 Mio.**
 - › davon rund 52 Mio. EUR Transferleistungen GWM
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen **36,2 Mio.**
- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen **38,3 Mio.**
- Sonstige laufende Anwendungen **25,8 Mio.**
- Abschreibungen **26,7 Mio.**
- Versorgungsaufwendungen **8,4 Mio.**

Die Leistungen für Sozialhilfe nach dem SGB XII (Hilfe zum Lebensunterhalt, der Grundsicherung im Alter, Hilfen zur Gesundheit, Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege) und dem SGB II (kommunaler Anteil - KdU, einmalige Leistungen, etc.) liegen im Doppelhaushalt beispielsweise bei rund 236 Mio. EUR. Die Erträge hierbei liegen inkl. aller Zuschüsse und Erstattungsleistungen bei 110 Mio. EUR, so dass hier ein Delta von 126 Mio. EUR, also 63 Mio. EUR pro Haushaltsjahr zu verzeichnen ist. Dies ist nur ein Beispiel für fehlende Konnexität, die uns bei einer anderen gesetzlichen Regelung in die Lage versetzen würde, einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Aber zu späterer Stelle dazu mehr.

Die Gesamterträge schlagen im Doppelhaushalt mit **489,6 Mio.** EUR zu buche:



- Steuern und ähnliche Abgaben in Höhe von: **283,1 Mio.**
- Zuwendungen, allg. Umlagen & sonst. Transfererträge **72,4 Mio.**
- Erträge der Sozialen Sicherung **61,9 Mio.**
- Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte **18,0 Mio.**

- Privatrechtliche Leistungsentgelte 7,4 Mio.
- Kostenerstattungen und Kostenumlagen 14,7 Mio.
- Zinserträge und sonstige Finanzerträge 8,9 Mio.
- Sonstige laufende Erträge: 23,2 Mio.

Investitionen im Doppelhaushalt 2013/2014
Gesamtinvestitionen

112,5 Mio. EUR

davon allein im Bereich des Sozialdezernates

87,1 Mio. EUR

40 – Schulamt

49,0 Mio. EUR

größte Positionen:

- Grundschule Lerchenberg
- Grundschule Peter-Härtling
- Gutenberg-Gymnasium
- Grundschule Theodor-Heuss
- Peter-Jordan-Schule (Gleisbergschule)
- 3. IGS im Schulzentrum Hechtsheim
- IGS Anna-Seghers

- Darüber hinaus hat die GWM in ihrem Investitionsprogramm in den Jahren 2013 und 2014 für den Bereich Schulen zusätzliche Investitionen in Höhe von rund 15 Mio. EUR bei einem Gesamtvolumen von 20,2 Mio. EUR.

51 – Amt für Jugend und Familie

29,4 Mio. EUR

- **11 neue Kitas** (Gonsenheim, Oberstadt, Lerchenberg, Weisenau, Uni, Bretzenheim, Hechtsheim, Laubenheim, Mombach, Neustadt, Gabelsberger Str.)
- **6 Erweiterungsbauten**

Sport

14,0 Mio. EUR.

- Sporthalle Innenstadt/Zollhafen
- Sporthalle Finthen (als Merkposten, da müssen sich die Finther erstmal einigen)
- Sporthalle Gymnasium Oberstadt
- Sporthalle Frauenlob
- Sanierung 1817 und Moguntia

Ja, wir haben auch einen Planansatz für die Sporthalle Finthen vorgesehen und Oberbürgermeister Ebling und ich haben da auch schon wichtige und hoffnungsvolle Gespräche geführt. Und was machen jetzt die Finther? Das kleine rebellische Bergdorf streitet sich jetzt darüber, wo die Sporthalle hin soll und wie das Ganze finanziert werden könnte. Unabhängig wie dieser Streit ausgeht – zur Not muss dann der Mainzer Stadtrat durch seine Entscheidung die Hahnenkämpfe beenden – und ohne mich da einmischen zu wollen, eines ist sicher: Es gibt nicht eine neue Sporthalle und ein neues Bürgerhaus an zwei verschiedenen Standorten. Eine solche Vorstellung ist realitätsfern und würde unsere Konsolidierungsbemühungen vollständig konterkarieren.

Während die Finther streiten, haben die Verantwortlichen von Moguntia und 1817 viel Geduld bewiesen und ich bin froh, dass mir seit meinem Amtsantritt im Februar 2010 als Sportdezernent so viel Vertrauen entgegengebracht wurde, dass wir Zeit genug hatten, eine Lösung zu finden. Wir haben nun eine gefunden und ich bin optimistisch, dass wir beide Anlagen im Frühjahr 2013 sanieren können, um sie in der Sommerpause 2013 für den Betrieb freizugeben. Es ist darüber hinaus sehr erfreulich, dass es in diesen schwierigen Zeiten noch möglich ist, gleich zwei Sportanlagen

die verdiente und seit langem zugesagte Sanierung angedeihen zu lassen. Der Weg zur Finanzierung war sicherlich für alle Beteiligten schwierig, manchmal hoffnungslos und zu guter letzt endlich gelungen. Hier muss das Land nun den avisierten Zuschuss bestätigen und dann kann es losgehen und das Grünamt mit bekannter Zuverlässigkeit und Engagement die Plätze fertig stellen.

61 – Stadtplanungsamt **11,2 Mio. EUR**

- städtebauliche Maßnahmen, Rheinufergestaltung, Gestaltung Bahnhofstraße/Münsterplatz, Hopfengarten, barrierefreie Haltestellen, aber auch Maschinen und Fahrzeuge

37 – Feuerwehr **4,5 Mio. EUR**

- Neubau Feuerwache II, Fahrzeuge, Digitalfunk, Geräte

Dies ist ein riesiger Investitionsschub für die Wirtschaft und ein Beleg dafür, dass wir und nicht kaputt sparen wollen. Wir beziehen uns aber bei den Investitionen auf das absolut Notwendige und auf die gesetzlichen Vorgaben.

Wo wir gerade bei den Investitionen sind: Thema Rathaussanierung

Wir haben uns in den letzten Wochen über den Sommer gefreut, den wir sehnsüchtig vermisst haben. Aber nicht alle Mitarbeiter_innen haben sich darüber gefreut. Insbesondere nicht die Mitarbeiter_innen der Stadtkasse im fünften Stock des Rathauses, die unter extremsten Temperaturen bei weit über 40 Grad arbeiten mussten. Da hilft auch kein Kasten Wasser des Dezernenten oder der Hinweis des Personalchefs, man dürfe auch schon um

6 Uhr mit der Arbeit beginnen oder der von zu Hause mitgebrachte Ventilator.

Auch die Mitarbeiter_innen der Stadtverwaltung haben humane und moderne Arbeitsbedingungen verdient. Es soll nicht nur fortschrittliche Arbeitsplätze in Eigenbetrieben wie bei der GWM oder des Wirtschaftsbetriebes geben oder wie bei stadtnahen Gesellschaften, so z. B. den Stadtwerken. Auch im Rathaus dürfen die Kolleginnen und Kollegen das erwarten.

Ganz zu Schweigen von den ökologischen und betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten. Die Sanierung des Rathauses gehört zur Hauptaufgabe der Politik der nächsten Jahre. Nicht aus Selbstdarstellungszwecken der Politik, sondern zur Schaffung humaner Arbeitsbedingungen für städtischen Mitarbeiter_innen. Wer nicht glaubt, wie marode das Rathaus ist, den lade ich im Namen des Oberbürgermeisters wir hiermit herzlich zum Tag der offenen Tür ins Rathaus ein.

Ein mögliches Finanzierungskonzept mit einem Volumen in Höhe von 50 Mio. EUR steht und wird in den nächsten Wochen den Gremien vorgestellt.

Und glauben Sie mir, Herr Schreiner, das Konzept ist wirtschaftlicher als sich irgendwo auf dem Messegelände in Hechtsheim in zu errichtende Büroräume einzumieten. Eine vergleichbare Miete für Büroobjekte, die wir anstelle eines Neubaus zahlen müssten, liegt bei 10,00 bis 12,00 EUR pro Quadratmeter Kaltmiete. Bei einem Büroobjekt mit der Größe des Rathauses, also einer Bürofläche von rund 12.000 m² sprechen wir hier schon von monatlich 132.000 EUR Kaltmiete (gerechnet mit 11 EUR). Und da sind Keller- und Lagerräume mit 2.800 m² und Flure von 4.300 m² noch nicht

mit eingerechnet. Da wird unser Konzept wirtschaftlicher sein. Da können Sie sich sicher sein.

Unabhängig davon, dass Sie bei Ihren Überlegungen immer noch keinen Investor mit dem großen schwarzen Geldkoffer für das Rathaus haben. Im Übrigen müsste dieser genauso das Problem des Denkmalschutzes lösen. Gerade Sie als Landespolitiker sollten aber auch vor fremden Männern mit Geldkoffern gewarnt sein. Wir jedenfalls wollen ein seriöses und tragfähiges Finanzierungskonzept für das Rathaus in der Landeshauptstadt Mainz.

Konnextätsprinzip und Finanzausgleich

Wenn das Konnextätsprinzip strikt eingehalten werden würde, würden wir – und das ist keine Utopie – einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können. Es muss deshalb aufhören, dass Kommunen gesetzliche Vorgaben bekommen, die dann wiederum zu ihrer Verschuldung führen. Ich nenne hier die Beitragsfreiheit bei den Kindertagesstätten, die ist richtig und wichtig aber es kann nicht sein, dass diese Regelungen zum Großteil die Kommunen belasten

Der aktuelle Stellenplanentwurf für 2013 und 2013 sieht rund 200 neue Stellen im Kitabereich vor. Dies bedeutet Personalaufwendungen in Höhe von 9,2 Mio. EUR. Hinzu kommen rund 25 Mio. EUR an Investitionsvolumen in diesem Bereich. An Zuweisungen und Erstattungen stehen diesen 34 Mio. EUR gerade mal 6 Mio. EUR gegenüber. Das Delta von 28 Mio. EUR muss aus dem städtischen Haushalt gedeckt werden.

Gemäß Art. 49 Absatz 6 Landesverfassung Rheinland-Pfalz hat das Land den Gemeinden und Gemeindenverbänden auch die zur Erfüllung ihrer eigenen

und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Mittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleiches zu sichern. Dies bedeutet, dass neben den originären kommunalen Einnahmen (Gemeindeanteil an der Einkommen und Umsatzsteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer sowie örtliche Aufwand- und Verbrauchsteuern) die Kommunen von Land Finanzausgleich im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs erhalten.

Tatsache ist jedoch, dass insbesondere durch die vermehrte Belastung durch die Übertragung von Bundes- und Landesaufgaben auf die Kommunen (ohne eine entsprechende Kostenerstattung) der Kommunale Finanzausgleich bei weitem nicht mehr ein subsidiäres Instrument der Gemeindefinanzierung darstellt.

Um so mehr ist das diesjährige Urteil des Verfassungsgerichtshofes Rheinland-Pfalz zu begrüßen. In dem Urteil wurde vollumfänglich das bestätigt, was bereits seit vielen Jahren von den Kommunen, insbesondere von den kreisfreien Städten beklagt wird:

Der kommunale Finanzausgleich berücksichtigt in unzulänglicher Weise die ständig steigenden Soziallasten der Kommunen.

Dieses Missverhältnis hat der Verfassungsgerichtshof in seinem Urteil vollumfänglich bestätigt und den Kommunalen Finanzausgleich in Rheinland-Pfalz für verfassungswidrig erklärt. Das Land muss nun bis spätestens 1. Januar 2014 eine Neuregelung schaffen, von der insbesondere die kommunalen Gebietskörperschaften, die Träger der örtlichen Sozialhilfe sind, profitieren werden. Hier setze ich auch mein ganzes Vertrauen in unsere Mainzer Langtagsabgeordnete, hier für finanzielle Gerechtigkeit zu sorgen.

Des Weiteren erwarten wir, dass die beim Fiskalpakt vereinbarten Zuschüsse für das Land zum weiteren Ausbau der Kitas auf die Kommunen in Rheinland-Pfalz so verteilt werden, dass die Oberzentren wie die Landeshauptstadt Mainz die höhere Kosten aufgrund der gegenläufigen demographischen Entwicklung als im Land zu tragen haben, auch eine höhere Förderung bei der Verteilung durch das Land Rheinland-Pfalz erfahren.

Oberbürgermeister Michael Ebling und der Finanzdezernent werden eine Initiative starten, um gemeinsam mit Oberbürgermeistern und anderen Finanzverantwortlichen aus Oberzentren in Rheinland-Pfalz diese Auffassung gegenüber dem Land zu vertreten. Wir als Kommunen müssen uns auf allen Ebenen solidarisieren und um die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzipes kämpfen.

So ist auch der Einsatz von Kurt Merkator zu begrüßen, der sich im Rahmen seiner Städtetagskollegen dafür stark macht, dass die Kosten der Schulbuchausleihe tatsächlich zu hundert Prozent vom Land erstattet werden. Dies erwarten wir auch durch die Veränderung der Förderrichtlinien bei der Schülerbeförderung.

Personal

Einer der wesentlichsten Faktoren und Ansätze im Haushalt sind die Personalkosten. Auch hier hat es sich die Verwaltung schwer gemacht und obwohl ein viel höherer Bedarf angemeldet war – sieht man einmal von den Anmeldungen im Kitabereich ab – nur geringe zusätzliche Stellen im

Personalhaushalt verankert. Hier ist deutlich eine auf Konsolidierung ausgerichtete Handschrift des neuen Oberbürgermeisters zu erkennen. Es bleibt aber nach wie vor die Forderung bestehen, wie Herr Koppius sie in der Rheinzeitung in diesem Sommer gestellt hat: „irgendwann müssen wir die Frage beantworten welche Aufgaben wir nicht mehr erledigen“.

Eine Aufgabenkritik bleibt Daueraufgabe für Politik und Verwaltung. Aber auch die Schaffung effizienterer Strukturen in der Verwaltung. Dazu gehört aber auch eine gewisse Selbstdisziplin der Fraktionen: Wissen Sie wie viel es kostet, die Anfragen und die zum Teil unzähligen, sich immer wiederholenden Briefe, mit immer sich im Kreis drehenden Fragen einzelner Ratsfraktionen zu beantworten? Das ist ja das originäre Recht des Rates, aber ist denn jede Anfrage zielführend?

Wir müssen große politische Linien gestalten. Dazu gehört auch anstatt sich darüber zu beschweren, dass wir zu viele und zu hoch bezahlte Amtsleiter beschäftigen, wie es Herr Schönig in einem dieser berühmten Sommerinterviews der Politiker getan hat. Nur um dieses Bild wieder etwas gerade zu rücken: Im Jahre 1997 hatte die Stadtverwaltung noch 42 Ämter und Eigenbetriebe. Heute sind es gerade mal 26. Das heißt, wir haben in 15 Jahren 16 Ämter aufgelöst oder zusammengeschlossen.

Bei der Hälfte dieser 26 Ämter und Eigenbetriebe dieser Stadt arbeiten jeweils über 100 Menschen, so z. B. beim:

- Rechts- und Ordnungsamt	100 Personen
- Verkehrsüberwachungsamt	110 Personen
- Amt für Finanzen, Beteiligungen und Sport	120 Personen
- Stadtplanungsamt	124 Personen
- Grünamt	164 Personen

- Amt für soziale Leistungen	188 Personen
- GWM	203 Personen
- Feuerwehr	228 Personen
- Hauptamt	300 Personen
- Entsorgungsbetrieb	500 Personen
- Amt für Jugend- und Familie	1.250 Personen

Von zu hoch bezahlten Amtsleitungen kann angesichts der Aufgabenvielfalt und dieser Leitungsspannen wahrlich nicht die Rede sein. Im Gegenteil, aufgrund der Lohn- und Gehaltsstruktur im öffentlichen Dienst werden wir noch größere Probleme bekommen, überhaupt für Leitungsaufgaben noch geeignetes Personal zu finden.

Transparenter Haushalt und Dialog

Es ist erklärtes Ziel des Stadtvorstandes, eine transparente Haushaltspolitik im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu gestalten.

Grundvoraussetzung hierfür ist ein gewisses Verständnis für den Haushalt und dessen Lesbarkeit. Selbst für Kommunalpolitiker ist das schwer verständliche Kost (aber er entspricht nun mal den gesetzlichen Vorgaben, wie Herr Amtsleiter Garçon mir immer einzutrichern versucht).

Am Tag der offenen Tür werden wir – weil der Haushalt so schwer lesbar ist – im Finanzdezernat auch die ersten Haushaltsdatenblätter veröffentlichen, die wir im Rahmen des transparenten bzw. lesbaren Haushaltes vorstellen wollen. Diese sollen während der Zeit der Haushaltsberatungen und auch danach in einer für den Bürger leicht verständlichen Broschüre münden, sodass sich der Bürger auch über die städtischen Finanzen ein Bild verschaffen kann, ohne den gesamten Haushaltsplan in seinem bekannten

Format lesen zu müssen – geschweige denn verstehen. Das Ziel wird sein, den Bürgern in einfacher aber umfassender Weise darzustellen, wofür wir das Geld, was letztendlich auch das Geld unser Bürgerinnen und Bürger ist, ausgeben.

Des Weiteren planen Oberbürgermeister Ebling und das Finanzdezernat eine Informationsveranstaltung vor der Verabschiedung, als auch Infostände in der Stadt, um auch mit den Bürgerinnen und Bürgern erstmals in noch nicht dagewesener Weise in Dialog zu treten. Auch das bewältigen wir mit bestehendem Personal.

Steiniger Weg der Konsolidierung

Manchmal frage ich mich auch, warum wir uns all die schwierigen Diskussionen über Streichungen, Kürzungen und Umstrukturierungen zumuten. Lassen wir doch alles so und machen gerade so weiter. Meine Frau mag mich auch mehr, wenn ich Geld ausbebe, als immer „nein“ zu sagen und zu sparen. Es macht niemanden Spaß, das Bibliothekswesen zu verändern und hunderte von Protestbriefen zu erhalten und sich tagtäglich rechtfertigen zu müssen; Kulturdezernentin Marianne Grosse kann ein Lied davon singen. Auch der Sozialdezernent Kurt Merkator muss tagtäglich seine Sparbemühungen rechtfertigen. Und Grün- und Umweltdezernentin Katrin Eder macht es wahrlich keinen Spaß, die Sparbeschlüsse der Ampel umzusetzen, die eben auch das Abstellen von Brunnen beinhalteten.

Natürlich ist es einfacher, sich über den nicht laufenden Brunnen vor der Ortsverwaltung oder im Einkaufszentrum zu beschweren oder sich in sommerlichen, vermeintlich lustigen Fastnachtsvorträgen bei Brunnenfesten

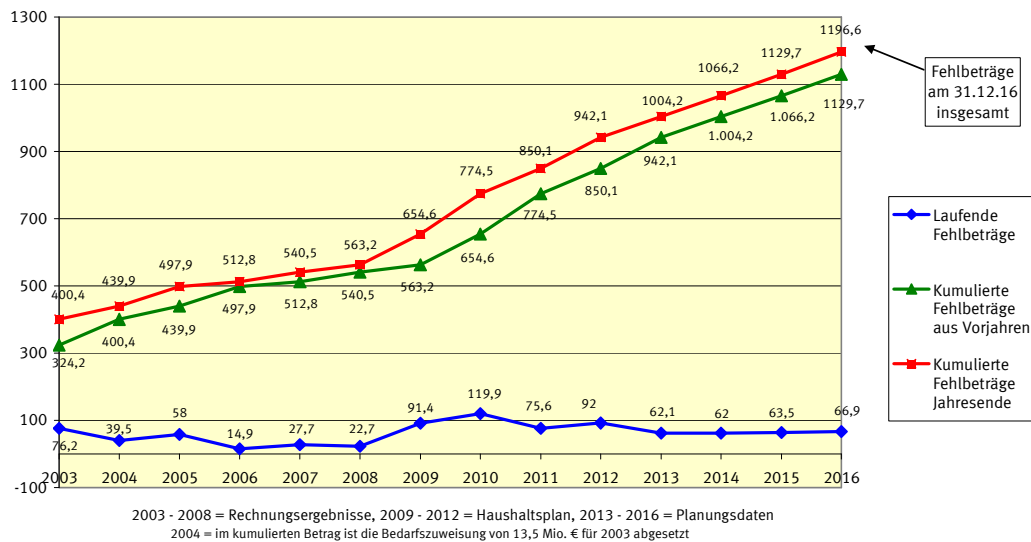
über eine solche Politik zu mokieren, als sich darüber Gedanken zu machen, was eigentlich ein jährliches Defizit von 90 Millionen Euro bedeutet. Oder eine jährliche Zinszahlung von über 30 Millionen Euro. Da fehlt natürlich manch einem die Phantasie. Aber es ist ja nicht der einzelne abgestellte Brunnen, der die Finanzkrise dieser Stadt löst, es ist die Vielzahl der Maßnahmen, die wir eingeleitet haben. Die Diskussion über die Brunnen hat zumindest zwei, wenn nicht drei wesentliche Erkenntnisse gebracht. Zum einen wissen wir jetzt, was uns solche natürlich wichtigen und lebens- und liebenswerten, die Stadt prägenden Wasserspiele kosten, zum anderen dürfen wir uns schon dann die Frage stellen, warum bezahlen die Steuerzahler Brunnenanlagen von privaten Eigentümern in Wohnanlagen wie im Kästrich. Und das ist die wichtigste Erkenntnis: Es gibt ein großes bürgerschaftliches Engagement in unserer Stadt und dafür sollten wir dankbar und stolz sein. Wenn eine Lore Hartmann von ihrer Rente spendet, um den Brunnen am alten Friedhof in Gonsenheim laufen zu lassen und die vielen anderen Spender auch an anderer Stelle die Brunnen sprudeln lassen, so zeigt das die Größe der Menschen in dieser Stadt. Initiativen von Lars Reichow für das Gutenberg Museum tragen dazu ebenso zum Zusammenhalt in unserer Stadt bei, wie die Mitstreiter um Erika Friedrichs für das Schloss und das römische Erbe, die Mitstreiter um Kay Uwe Schreiber wenn es um den Erhalt der Zitadelle geht oder die Sponsoren, die ein Open-Ohr-Festival ermöglichen, und, und, und... die Liste all derjenigen Menschen, die diese Stadt lieben und finanziell unterstützen ist lang und das ist vielleicht auch ein Novum in einer Haushaltsrede. All diesen Menschen sei auch einmal an dieser Stelle dank gesagt.

Zur Konsolidierung gibt es keine Alternative.

Landeshauptstadt Mainz



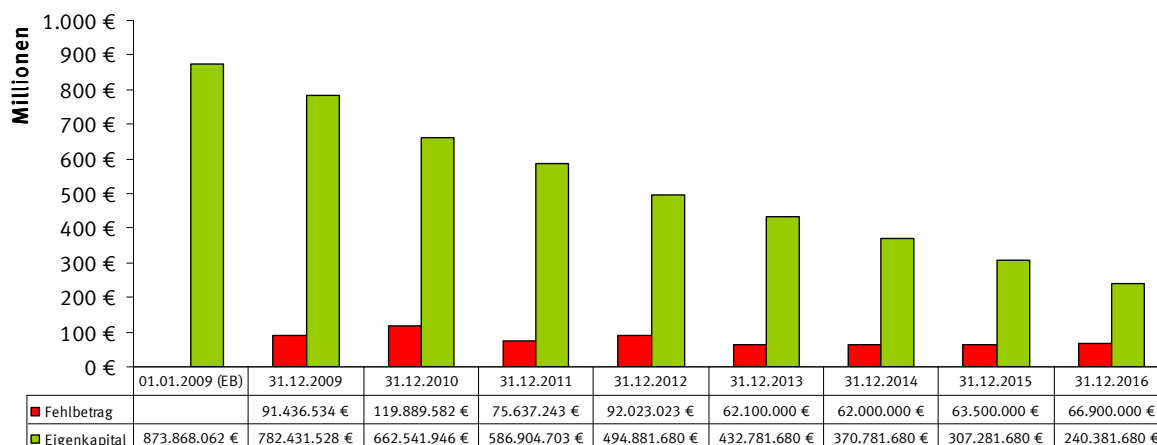
**Entwicklung der Fehlbeträge
(Verwaltungsentwurf 2013/2014)**
in Mio. Euro



Die Entwicklung der Fehlbeträge, wenngleich auch durch die neuen Zahlen etwas abgemildert, aber stetig weiter steigend, zeigt eine kumulierte Fehlbetragsentwicklung bis zum Jahre 2016 in Höhe von rund 1,2 Mrd. EUR.

In entsprechender Weise sinkt das Eigenkapital in den nächsten Jahren. Ein Trend, der wie man sieht im Jahre 2020 sein mathematisches Ende finden wird. Bei einer gleichbleibenden Entwicklung rutschen wir dann ins negative Eigenkapital. Früher sagte man immer, die Kommunen können nicht Pleite gehen. An Griechenland sieht man, dass wir mittlerweile von der Pleite ganzer Länder – und das in der EU – reden. In diesem Zusammenhang muss man die Frage stellen, ob und wie lange die Banken hoch verschuldeten Kommunen in Deutschland noch Kredite zu den aktuellen Niedrigstkonditionen geben.

**Planmäßige Eigenkapitalentwicklung
(ohne KEF)**



Wir schulden auch den zukünftigen Generationen Solidarität. Berechnet man aus den Liquiditätskrediten der Stadt Mainz zum August 2012 beim Stand von 789 Mio. EUR eine Pro-Kopf-Verschuldung der Mainzer Bürgerinnen und Bürger, so kommt man ab dem Jahr 2013 auf eine Pro-Kopf-Verschuldung in Höhe von 4.193,00 EUR.

Jahr	Pro-Kopf-Verschuldung ohne KEF	Pro-Kopf-Verschuldung mit KEF
2012	3.929,30 €	3.929,30 €
2013	4.193,25 €	4.087,17 €
2014	4.457,19 €	4.245,04 €
2015	4.721,14 €	4.402,91 €
2016	4.985,08 €	4.560,78 €
2017	5.249,03 €	4.718,65 €
2018	5.512,98 €	4.876,52 €
2019	5.776,92 €	5.034,39 €
2020	6.040,87 €	5.192,26 €
2021	6.304,81 €	5.350,13 €
2022	6.568,76 €	5.508,00 €
2023	6.832,70 €	5.665,86 €

Auch wenn wir nur zeitlich begrenzte Verantwortung tragen, wir sind es unseren Kindern und den nachwachsenden Generation schuldig. Da gehört jeder Stein in der Verwaltung umgedreht, jeder Prozessablauf hinterfragt, auch der Aufbau der Verwaltungsorganisation und und und...

Wir brauchen dringend ein funktionierendes Fahrzeugmanagement, um die Kosten für den städtischen Fuhrpark zu senken, wir brauchen ein Büroflächenmanagement in unserer städtischen Verwaltung, wir brauchen den Ausbau des elektronischen Einkaufs und und und...

Das alles sind schwierige und zum Teil von politischen Interessen überlagerte Diskussionen und Veränderungen. Aber und da bin ich optimistisch, Reibung und Auseinandersetzung bringt auch Innovation und Entwicklung.

Als ich vor über einem Jahr im Zuge der Diskussion über die Zukunftsfähigkeit des Staatstheaters erneut die Schließung des TIC und die Nutzung des leerstehenden Mollers vorgeschlagen habe, was uns jährliche Leerstandskosten von über 50.000 Euro erspart, kam reflexartig je nach politischer Couleur und natürlich von Seiten des Intendanten als erstes sofort der Aufschrei, „was ein Quatsch, geht nicht, unvorstellbar...“. Nur einer hat von Anfang an gesagt, lasst uns darüber einmal nachdenken, es war der kaufmännische Leiter des Staatstheaters, Herr Bierwirth, und siehe da, er hat darüber nachgedacht und andere mitgerissen und in ein paar Wochen wird mit einer tollkühnen Kletteraktion das Deck 3 im Staatstheater geentert und alle werden von dieser Spielstätte begeistert sein.

Vielleicht sind es die Zahlenmenschen, die vorurteilsfreie Vorschläge zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und Konsolidierung prüfen, vielleicht auch diejenigen, die Vorschläge weniger durch eine parteipolitische Brille analysieren. Ich jedenfalls würde mir wünschen, dass das Ringen über die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt im Vordergrund steht, im Gegensatz zu parteitaktischem Verhalten oder lediglich als Reflex aus der

Oppositionsrolle heraus, zwanghaft gegen alles zu sein, was von der Verwaltung oder dem politischen Gegner zur Diskussion gestellt wird.

Aber egal wie, tun Sie mir einen Gefallen und machen Sie Vorschläge, lassen Sie uns um den besten Weg ringen, rufen sie nicht gleich „geht nicht“, denn geht nicht, gibt’s nicht. Ich verspreche Ihnen, dieser Stadtvorstand und die Finanzverwaltung werden ihre Vorschläge vorurteilsfrei prüfen. Wenn Sie dies mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf auch tun, bin ich mir sicher, dass es konstruktive Haushaltsberatungen im Interesse der Menschen dieser Stadt geben wird.

Vielen Dank !!!